

Peter Schyga: „Nahrungsfreiheit“ Zur Politik des Reichsnährstands im Landkreis Goslar Vortrag auf der Veranstaltung der Propstei Goslar: „Erntedankfest und Nationalsozialismus“¹ am 23. September 2010 in Liebenburg.

Will man über das Erntedankfest in der NS-Zeit reden², reicht es nicht, dieses als große Propagandaschau nationalsozialistischer Politik am Bückeberg, als grandiose Selbstdarstellung und Akt der „Verführung“ durch den charismatischen Führer Adolf Hitler zu beschreiben, sich schauernd in der Retrospektiv dem Spektakel hinzugeben.³ Es waren schließlich keine Kinder aus dem berühmten Hamelner Märchen, die sich an diesem Event im Weserbergland ergötzen, sondern Menschen, neben ihren Gefühlswallungen für den Führer auch ausgestattet mit Bewusstsein und Verstand, die die Politik Hitlers unbedingt wollten, ihn in seinen Taten mit ihrem Jubel unterstützten.

Wollen wir die Hintergründe dieser Feiern erfassen, gilt es, sich zum einen Gedanken zu machen, warum und wieso das Regime sehr schnell, nachdem es an der Macht war, diesen Tag zum größten Ereignis volksgemeinschaftlicher Inszenierung auswählte und ihn zunehmend erfolgreich gestalten konnte. Herr Liersch wird zu den Hintergründen dieser Okkupation eines kirchlichen Festtages, zur Installierung einer Ersatzreligion⁴ gleich einiges sagen.

¹ Die Ankündigung und das Programm dieser Veranstaltung: „Erntedankfest und Nationalsozialismus“ Veranstaltung der Propstei Goslar:

„Mit der Veröffentlichung des Buches „Kirche in der NS-Volksgemeinschaft“ (Peter Schyga, Hannover 2009) hat sich die Propstei Goslar der Aufgabe gestellt, die kirchliche Geschichte während des Nationalsozialismus in der Stadt Goslar aufzuarbeiten. Goslar war ab 1934 Stadt des Reichsnährstandes und ab 1936 Reichsbauernstadt. Dabei spielte das Erntedankfest eine besondere Rolle. Es wurde durch die Nationalsozialisten missbraucht, um ihre Menschen verachtende Ideologie zu transportieren. Diese Gedanken forderten Goslarer Pastoren schon 1935 zur Widerrede heraus.

Jetzt lädt die Synode unserer Propstei am Donnerstag, dem 23. September um 19.30 Uhr in das Gemeindehaus in der Martin-Luther-Straße 1 in Liebenburg zu einer öffentlichen Vortragsveranstaltung mit anschließender Diskussion zum Thema „Erntedankfest und Nationalsozialismus“ mit folgenden Referaten ein:

1. „Um „Blut und Boden“: die Erntedankfeiern des NS-Regimes auf dem Bückeberg“ (Bernhard Gelderblom);
2. „Nahrungsfreiheit“ Zur Politik des Reichsnährstands im Landkreis Goslar (Dr. Peter Schyga)
3. Das Erntedankfest aus christlichem Verständnis (Propst Helmut Liersch)

Vorher wird um 18 Uhr in dem Bürger- und Kulturzentrum „Lewer Däle Liebenburg e.V.“, das dem Gemeindehaus gegenüberliegt, eine Ausstellung zu diesem Thema eröffnet. Sie war in anderer Form bereits im vergangenen Jahr in Goslar zu sehen.“

² Vgl ausführlich dazu die Broschüre zur gleichnamigen Ausstellung: Bernhard Gelderblom 2008: Die Reichserntedankfeste auf dem Bückeberg 1933-1937, Hameln.

³ Gerd Biegel, Wulf Otte 2002 (Hg.) Ein Volk dankt seinem (Ver)führer. Die Reichserntedankfeste auf dem Bückeberg 1933-1937. Vorträge zur Ausstellung, Braunschweig.

⁴ Vgl. Helmut Liersch 2010: Das Erntedankfest als Einfallstor für die religiöse Überhöhung des „Führers“. In: Spurensuche Harzregion e.V. in Kooperation mit der Ev.-luth. Propstei Goslar und Bernhard Gelderblom (Hg.) 2009: Erntedank und „Blut und Boden“. Bückeberg/Hamel und Goslar 1933 bis 1938. NS Rassekult und die Widerrede von Kirchengemeinden. Dokumentation einer Ausstellung im Goslarer Museum v. 4.10. bis 1.11. 2009. Sonderband 2 der Reihe Spuren Harzer Zeitgeschichte, S. 27-31 Goslar.

Vgl. dazu ausführlich Peter Schyga 2009: Kirche in der NS-Volksgemeinschaft – Selbstbehauptung, Anpassung und Selbstaufgabe, Hannover

Zum anderen sollte man schauen, welche konkrete Politik mit diesem Event begleitet wurde. Ich will deshalb zur Politik der NSDAP gegenüber den Bauern, zur Politik des Reichsnährstands mit den Bauern und zur Haltung der Bauern und der Landbevölkerung, des Landvolks, in und zu dem Regime in einigen wenigen Anmerkungen Stellung nehmen. Dies, so konkret es mir möglich ist, anhand von Quellen aus und zu dieser Region, dabei eingeordnet in eine Gesamtpolitik. [Ich erspare uns nähere Erläuterungen zur allgemeinen politischen, organisatorischen und ideologischen Ausrichtung des Reichsnährstands.⁵ Die Zeit haben wir nicht und im Katalog zur Ausstellung ist dies alles ziemlich ausführlich dokumentiert.⁶]

Bei aller Vorsicht vor Pauschalisierungen kann das Verhältnis zwischen politischer NS-Macht und der Landbevölkerung – ich will die Betrachtung nicht auf die Bauern beschränken – als hoch ambivalent ansehen. Die Mehrheit wollte Hitler, da sind sich alle wissenschaftlichen Untersuchungen einig. Viele fanden im und am Reichsnährstandsapparat Gefallen, weil er Macht im Namen der Bauern ausüben konnte, Macht die sie als Stand nie hatten, weil sie sich als konkurrierende Unternehmer nie wirklich in Bewegungen zusammenschließen konnten, wie etwa die Arbeiter. Die beinahe aufständische Landvolkbewegung 1928/29 in Schleswig-Holstein, die Hans Fallada aus eigenem Erleben und Beobachten in seinem bekannten Buch „Bauern Bonzen und Bomben“⁷ verarbeitet hatte, war eine der wenigen Ausnahmen organisierter Aktion von Bauern. Dem Landvolk gefiel die rhetorische Umgarnung durch die NS-Führung, die Aufwertung des Bauernstandes in der Volksgemeinschaftshierarchie, in der ihre Arbeit in ideologisierten Phrasen in göttähnliche Sphären, zumindest aber in eine Gleichwertigkeit mit zunehmend produktiver werdender Industriearbeit gerückt wurde.

Es gab auch ganz handfeste praktische Gründe für das Ansehen des Reichsnährstands auf dem Lande: Die erst vom ernährungspolitischen Amt der NSDAP ab 1928 propagierte und dann von den agrarischen Behörden durchgesetzte partielle Ausgliederung vom Markt versprach und realisierte auch teilweise mehr ökonomische Sicherheit für Berufs- und Einkommenszweige, die im Prozess industrieller Modernisierung ihre volkswirtschaftliche Bedeutung zunehmend einbüßten.

⁵ Vgl. dazu auch Peter Schyga 1999: Goslar 1918-1945. Von der nationalen Stadt zur Reichsbauernstadt des Nationalsozialismus, Bielfeld und weitere Aufsätze als pdfs auf meiner website unter der Rubrik Zeitgeschichte www.kliopes.de

⁶ Spurensuche Harzregion e.V. in Kooperation mit der Ev.-luth. Propstei Goslar und Bernhard Gelderblom (Hg.) 2009 a.a.O.

⁷ Hans Fallada 1931: Bauern, Bonzen und Bomben, Hamburg (Rowohlt-Verlag).

Die Aufwertung des Bauernstandes tat dem Gemüt und manchmal auch dem Geldbeutel gut – insbesondere denen der Land besitzenden Reichsnährstandsfunktionäre. Die realen Verhältnisse für die meisten in der Landwirtschaft Tätigen sahen oft anders aus. Sie führten zunehmend zu Auseinandersetzungen um Anspruch und Wirklichkeit zwischen den Bauern, ihren unteren Funktionären und den staatlichen Organen, insbesondere dem Wirtschaftsministerium unter Hermann Göring. Dass quer liegende erhebliche Differenzen etwa zwischen Reichsnährstand und Ernährungsministerium – beide Einrichtungen in der Verantwortung von Richard Walther Darré – auftraten oder zwischen den gut situierten und profitierenden Bauernführern und ihrem Gefolge, war in diesem polykratischen, also im internen Machtgerangel konkurrierenden System, selbstverständlich.

Die Widersprüche machten sich in erster Linie an der Preis- und Einkommensgestaltung fest. Die versprochene Angleichung ländlichen Lebensniveaus an das der Städte ließ in der Zeit der ökonomischen und politischen Stabilisierung des Systems nach 1935 weiter auf sich warten. Hatte man auf dem Land bis dahin fühl- und sichtbar von den staatlichen Preis- und Abnahmegarantien profitiert, so änderte sich dies im Zuge der Forcierung industrieller Anstrengungen mit Görings Vierjahrsplanung zur Aufrüstung.

Industriearbeiter wurden gesucht, die Löhne stiegen, die Ansprüche an leidlichem Lebenskomfort auch. Man fühlte sich auf dem Land zunehmend abgehängt, litt unter dem Strukturwandel der Wirtschaft. Widersprüche zwischen Bauern und Regime entwickelten sich, nicht, weil die Bauern am „Hergebrachten klebten“, wie Beatrix Herlemann⁸ in ihrer so betitelten Arbeit meint, sondern weil sie zu Verlierern im Industrialisierungs- und Rationalisierungsprozess zu werden drohten. Um es auf eine einfache Formel zu bringen: Der Bauer klebte nicht an seinem starken Arm und am Ackergaul, er bekam bloß den gewünschten Traktor nicht, weil Stahl für Panzer gebraucht wurde. Der Bauer hatte kein tradiertes inniges Verhältnis zu Gülle und Mist, es wurden nur nicht genug Chemieprodukte in Düngemittel investiert, weil diese in die Sprengstoffproduktion flossen.

Ich will ihnen an einigen Zitaten und Zahlen zeigen, wie sich diese Widersprüche hier auf dem Land äußerten, dies in einer Region, die durch das Salzgitterprojekt der Hermann-Göringwerke, durch den Bergbau, die Hütten und die Rüstungsschmieden im Harz vom Strukturwandel besonders betroffen war.

⁸ Beatrix Herlemann 1993: „Der Bauer klebt am Hergebrachten“. Bäuerliche Verhaltensweisen unterm Nationalsozialismus auf dem Gebiet des heutigen Niedersachsen, Hannover.

Am 6. September 1936 erreichte Goslar ein Schreiben von Hermann Göring, in dem er ab sofort und für die Zukunft die Erstattung wirtschaftlicher Lageberichte zu den Landkreisen und den Städten verlangte. Bürgermeister Mühlenberg antwortete am 30. November 1936, es „macht sich eine enorme Landarbeiterflucht infolge des Neuaufbaus und der Industrievergrößerung auf dem flachen Lande bemerkbar, und zwar ist diese Flucht besonders typisch im Landkreis Goslar. Dadurch ist ein erhöhter Einsatz des Arbeitsdienstes bedingt, von dem bisher 150 Mann eingesetzt wurden.“⁹

Ein Jahr später verkündete Reichsbauernführer Darré dieselbe Tatsache in seiner „Befehlsausgabe“ auf dem offiziell wegen einer grassierenden Maul- und Klauenseuche ausgefallenen Bauerntag: „Der Erfolg des letzten Jahres ist um so höher zu bewerten, als die Voraussetzungen hierfür von Jahr zu Jahr immer schwieriger geworden sind. Einmal sind die Witterungsverhältnisse in der Zeit der Bestellung und des Wachstums nicht günstig gewesen. Sehr viel tiefgreifender aber ist der allgemeine Mangel an Landarbeitern und weiblichen Hilfskräften auf dem Bauernhofe“.¹⁰

Mit Erlass vom 22. Februar 1938 reagierten die staatlichen Behörden auf eine schwieriger werdende Lage auf dem Lande. Der Regierungspräsident Hildesheim, landwirtschaftliche Abteilung, forderte ab dem 20. März 1938 monatliche Kurzberichte über die „agrar- und ernährungspolitische Lage“ von den Landräten und Oberbürgermeistern an die Bauernvereinigungen. Das Berichtswesen verlief wie folgt: Der Stab des Kreisbauernführer Gustav v. Lötbecke, Rittergutsbesitzer in Dorstadt bei Schladen, hatte dem Bürgermeister von Goslar, Hermann Mühlenberg zu berichten. Dieser übermittelte auf dieser Grundlage seine Fassung ans zuständige Regierungspräsidium nach Hildesheim, das wiederum einen Bericht der provinziellen Verwaltungseinheit Hildesheim-Hannover ans Wirtschaftsministerium erstellte. Zur Beurteilung solcher Berichte gilt es zu bedenken, dass die Probleme auf dem Land oft heruntergespielt wurden, um den vorgesetzten Dienststellen zu gefallen. Schließlich war man als Absender für die Lage und Stimmung auf dem Lande mitverantwortlich. Das im Laufe der Monate ständig verfeinerte Berichtswesen

⁹ Stadtarchiv Goslar (StAGS), RR III/53/11. Die Bedeutung dieser Quelle kann man gar nicht hoch genug veranschlagen. Die Lage- und Stimmungsberichte der unteren Partei-, Staats- und Bauernbehörden erlauben bei sorgfältig differenzierter Interpretation einen Blick hinter den Schleier der offiziellen Propaganda und geben so ein Bild der Wirklichkeit im Nationalsozialismus. Vgl. z.B. dazu Martin Broszat u.a. 1977: Bayern in der NS-Zeit, 6 Bde., München/Wien, die genau diese Quellengattung nutzten.

¹⁰ Goslarsche Zeitung (GZ) v. 13.12.1937.

ist dennoch nicht nur eine wichtige Quelle für Historiker, es spiegelt, kritisch interpretiert, ziemlich genau die Lage auf dem Land wider.

Mit diesem Verfahren mischte sich staatliche Administration direkt von den unteren Ebenen an in die Angelegenheiten der Bauernschaften, der Organe des Reichsnährstands, ein. Das wurde von denen als Affront betrachtet. Bislang hatten die Kreisbauernschaften „Presse-Stimmungsberichte“ an das Verwaltungsamt der Landesbauernschaft zu senden. Man blieb unter sich rechenschaftspflichtig und verwahrte sich gegen Kontrolleingriffe anderer Stellen. Im April 1938 wurde von Seiten der Kreisbauernschaft Goslar klargestellt, dass es nicht statthaft sei, „Stimmungsberichte an Dienststellen außerhalb des Reichsnährstandes weiterzugeben. Gleichzeitig ist auch verfügt worden, dass auch die an Ihre Dienststelle einzusendenden Kurzberichte über die Landesbauernschaft zu erstatten sind.“¹¹ Dass dieser Widerspruchanfall nichts bewirkte, verwundert in Kenntnis der Kommandostrukturen des Regimes nicht. Was aber war der Hintergrund für die Kontrollaktionen und den Widerstand dagegen?

Eine Produktions- und Versorgungskrise wurde offenkundig, der Unmut in der Bevölkerung nahm zu. Der Bericht von Bürgermeister Mühlenberg an den Regierungspräsidenten in Hildesheim vom 22. Februar 1938 vermerkte:

„Nach wie vor ist in den Kreisen der Landwirtschaft der Wunsch nach Bereitstellung von Betriebs-Aufbaudarlehen laut. Weiterhin wird auch das Verhältnis zwischen den Preisen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und den Betriebsmitteln, namentlich den Handwerkerpreisen, als noch nicht billig bezeichnet. Weitere fühlbare Herabsetzungen der Betriebsmittelkosten werden gefordert. In den Kreisen der Landbevölkerung ist dadurch eine gewisse Unruhe hervorgerufen, dass die Einkommensteuerbescheide für 1936 und 1937 in den letzten Wochen gleichzeitig zugestellt wurden. In vielen Fällen sind erhebliche Nachzahlungen gefordert und zwar in einer Zeit, wo die landwirtschaftlichen Betriebe über geringe Einnahmen verfügen.“¹² Nur zum Verständnis: Diese „gewisse Unruhe“ bestand darin, dass die Steuerbescheide einfach ignoriert wurden, dass sich ein Schwarzmarkt für Mangelprodukte etablierte. Die Leute hatten wieder Geld, städtische Kaufkraft war vorhanden, doch es gab nicht genug zu kaufen. Erfolgreiche Politik nach fast vierjährigem Bestehen der Organisation Reichsnährstand, nach siebenjährigem Wirken des agrarpolitischen Apparats der NSDAP hätte anders aussehen müssen. Diese Politik basierte vor dem Hintergrund der Agrarkrisen der Vergangenheit auf

¹¹ StAGS, RR III/53/11.

¹² Ebenda.

dem Versprechen, die unsichere Gegenwart und Zukunft der Landwirtschaft in eine prosperierende volkswirtschaftliche Gesamtordnung zu transformieren.

Lassen Sie mich kurz auf die objektiven Ausgangsbedingungen, unter denen diese Parole formuliert wurde, benennen. Deutschland befand sich seit den letzten Dekaden des 19. Jahrhunderts mitten im Prozess von nachholender industrieller Modernisierung. Ein Kennzeichen dieses Prozesses ist die Veränderung der Wirtschaftsstruktur zwischen den drei Abteilungen einer Volkswirtschaft: Industrie und Gewerbe, der Landwirtschaft und dem Dienstleistungssektor. Ein zweites und in unserem Zusammenhang wichtiges Merkmal ist die Veränderung der Binnenstruktur landwirtschaftlicher Produktion: In dem Maße, wie der Anteil von Landwirtschaft an der Bevölkerungs-, Produktions- und Erwerbsstruktur einer Gesellschaft kleiner wird, muss deren Produktivität wachsen. Damit einher geht die Entwicklung des Bauernlegens, wie man früher sagte, denn die Produktivitätserhöhung ist nur möglich durch Kapitalisierung der Landwirtschaft: d.h. Verwandlung von Land in Kapital, massive Investition in Maschinerie, Investitionen in die Erhöhung der Ertragsfähigkeit der Böden.

Deutschland war in den zwanziger Jahren noch in hohem Maße landwirtschaftlich geprägt – etwa im Unterschied zu den USA, einem Weltmarktkonkurrenten – und diese Landwirtschaft war Kleinst- bis Kleinbäuerlich strukturiert (Zahlen von 1925): 59,5 Prozent aller Betriebe, in absoluten Zahlen 3 Millionen, produzierten mit einer Hofgröße von 1-2 Hektar auf einer anteiligen Nutzfläche von 6,2 Prozent. Diese Kleinsthöfe stellten zusammen mit den Kleinbetrieben (bis 5 Hektar) und den Mittelbetrieben (bis 20 Hektar) die übergroße Mehrheit von 95,7 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe. Sie verfügten aber nur über 53,4 Prozent der Nutzfläche. Ihre Zahl betrug 4,9 Mio. Die Großbauern (20-100 Hektar) und Großgrundbesitzer (über 100 Hektar), 218.000 an Zahl und anteilig etwas über 4 Prozent, bewirtschafteten als fast die Hälfte des nutzbaren Bodens.¹³

1933 waren 13 Millionen Personen in der Landwirtschaft tätig, davon etwa 2,6 Millionen Landarbeiter. Das waren etwa genauso viele wie in der Industrieproduktion. Zu dieser für Industriegesellschaften völlig untypischen Erwerbsstruktur volkswirtschaftlicher Wertschöpfung gesellte sich die weltweite Agrarkrise nach 1928. Die deutschen Agrarpreise stürzten ab: bei Weizen, Roggen und Rindfleisch 1933 um ein Viertel gegenüber 1925 gegenüber 1928 sogar um über 30 Prozent. Bei Schweinefleisch, Kartoffeln und Milchprodukten war der Preisverfall noch

¹³ Zahlen nach Hans-Ulrich Wehler 2003²: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Vierter Band, München., S.702

dramatischer. Folge war eine dramatische Verelendung trotz Überarbeitung in ländlichen Familien. Agrarpolitik in Weimar war weitgehend, wie schon im Kaiserreich, an den Interessen der Großagrarien ausgerichtet.

Diese Schwierigkeiten waren Darré und seinem Apparat gegenwärtig. Es ging ihnen also um: Erhöhung der Produktivität der Landwirtschaft, Ausweitung der landwirtschaftlichen Nutzfläche, Preissubventionierung, Verbrauchlenkung. Der Reichsnährstand wollte eine Agrarökonomie mit Preis-, Produktions- und Verbrauchlenkung einrichten, die weitgehend von den Marktzwängen befreit sein sollte. – Übrigens eine Traumvorstellung der Agrarier seit den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts.¹⁴

Mit der Schaffung dieses Produktions- und Verbrauchlenkungsapparates sollte so etwas wie die Quadratur des Kreises erreicht werden:

- Der Bauer sollte angemessene Erzeugerpreise erhalten, die anderen Teile der NS-Volksgemeinschaft aber nicht durch hohe Lebensmittelpreise gebeutelt werden.
- Die Produktivität der Landwirtschaft sollte gesteigert werden, doch die technischen Mittel, Maschinen und Rohstoffe für Dünger wurden für die Aufrüstung benötigt.
- Arbeitskraft sollte auf dem Lande gebunden werden, doch die Industrie benötigte solche ebenso und sie zahlte höhere Löhne.

Eine im Prozess der säkularen Modernisierung, das heißt in unserem Zusammenhang der Durchkapitalisierung von Gesellschaften, notwendige Bodenkonzentration kam offiziell nicht infrage. Darré formulierte Problem und Anforderungen im Winter 1937:

„Dass der Wille zur Leistung und zur Mehrerzeugung im Landvolk vorhanden ist, habe ich bereits betont. Mehrerzeugung bedeutet jedoch zunächst einmal Mehreinsatz von Arbeit. Ich weiß, dass hierbei die Frage der Landarbeiter für euch das wichtigste, für die Führung der Volkswirtschaft das schwierigste Kapitel darstellt. Staat, Partei und Reichsnährstand werden in gemeinsamer Arbeit nichts unterlassen, die letzten Möglichkeiten auszuschöpfen, um die notwendigen Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen.“¹⁵

¹⁴ Vgl. Hans-Ulrich Wehler a.a.O, S. 209

¹⁵ Darré nach GZ v. 31.12.1937.

Doch letztendlich könne nur mit dem verstärkten Einsatz von Maschinerie die Produktivität der Landwirtschaft gesteigert werden, wie Darré zum Jahresende 1937 betonte:

„Ich fasse zusammen: Die gemeinsam benutzte Maschine spart Rohstoffe und dem einzelnen Geld. Der Schlepper hilft den Arbeitermangel überwinden. Vielfachgeräte erleichtern den Hackfruchtbau. Kartoffeldämpfkolonnen vermindern die Verluste und ermöglichen die Sommermast von Schweinen. Entscheidend ist der Leitsatz: Ohne verstärkten Maschineneinsatz keine Leistungssteigerung.“¹⁶ Doch woher nehmen, könnte man ergänzen, wenn weder genügend Landmaschinen produziert würden, noch die Qualifikation von Fachkräften des Landmaschinenbetriebs möglich schien, weil diese in die Industrie abwanderten.

An einem „gemütlichen Bierabend“, an dem neben Darré seine engsten Mitarbeiter wie Staatssekretär Backe und die Abteilungsleiter Riecke und Reinhardt teilnahmen, äußerte er sich gegenüber der Presse zu seinen Widersprüchen zum Göring-Programm, das massiven Arbeitskräfte in die Industrie lockte und die Aufgaben auf dem Land erschwerte. Die Pressevertreter zeigten sich erstaunt über die Offenheit des Reichsbauernführers, der sie aufforderte, die Presseberichterstattung zum Thema Landflucht zu ändern, ansonsten aber die „bittere Wahrheit“ zu schreiben.

„Einen besonderen Wunsch habe ich an Sie, meine Herren, noch bezüglich der Behandlung der Landarbeiterfrage in der Presse. Ich bitte Sie, hier in der Art der Darstellung des Problems eine Schwenkung um ungefähr 180 Grad zu vollziehen. Es dient nicht unseren Bemühungen, die Volksernährung zu sichern, wenn Sie schildern, wie schlecht die Wohnungsverhältnisse auf dem Lande sind, oder wenn Sie darauf hinweisen, dass der Landarbeiter weniger verdient als der Industriearbeiter, und wenn Sie schließlich Artikel schreiben, in denen Sie darauf hinweisen, dass aus all diesen Gründen wieder einmal so- und so viele Landarbeiter und Bauernkinder in die Stadt abgewandert sind. Sie helfen dagegen die Volksernährung sichern, wenn Sie Schilderungen veröffentlichen über den Bau neuer Landarbeiterwohnungen, über die Tatsache, dass der Gesamterfolg eines Landarbeiters in der Regel grösser ist als der eines Industriearbeiters, oder wenn Sie auseinandersetzen, dass die Landarbeit eine gelernte Arbeit ist, die nicht nur nicht stumpfsinnig, wie manche Arbeitsverrichtung ungelerner Arbeiter in der Industrie, sondern äußerst vielseitig und interessant ist.“¹⁷

¹⁶ Ebenda.

¹⁷ Ebenda.

Die von Darré geforderte Mechanisierung der Landwirtschaft blieb konkret hier in der Region bescheiden. Wohl stiegen die Ausgaben für Maschinen und Ackergeräte ständig, und ihr Kostenanteil an den Betriebsausgaben verdoppelte sich, er blieb aber mit 7,4% eher gering. Betrachtet man die Größenstruktur der Betriebe, ist dies auch kein Wunder. 64% der landwirtschaftlichen Betriebe hatten nur eine Nutzfläche bis 5 Hektar. Diese 1.217 Betriebe hatten nur einen Anteil von 5,3% der landwirtschaftlichen Nutzfläche im Kreis Goslar, die 100 großen Betriebe (über 50 Hektar) beackerten dagegen mehr als die Hälfte des Bodens. Die Besitz- und Betriebsgrößenverhältnisse hatten sich gegenüber der Mitte der zwanziger Jahre kaum verändert. Die 148 Schlepper, die es 1939 im Kreis gab, waren in diesen Betrieben konzentriert.

Der Kreisbauernführer beschrieb im April 1938 dem Goslarer Bürgermeister die Lage:

„1.) Weitere Bereitstellung von Betriebs-Aufbaudarlehen dringend erforderlich. 2.) Preise landwirtschaftlicher Betriebsmittel müssen in verstärktem Maße gesenkt werden. 3.) Bei der Errichtung von Wohnsiedlungen für die Reichswerke A-G ‚Hermann Göring‘ ist darauf zu achten, dass die Bauerndörfer von Siedlungen verschont bleiben, dass vielmehr die Feldmarken Kniestedt und Salzgitter in Anspruch genommen werden. 4.) Die Bauern und Landwirte der Gemeinde Beinum sind maßlos erbittert, dass durch die Reichsbahndirektion Hannover der Bau einer Erzbahn vorgenommen wurde, ohne dass eine freiwillige Landabtretung oder eine Besitzeinweisung durch die Behörde erfolgte.“

1939 hatte sich die Stimmung „noch nicht gebessert. Die Hoffnungslosigkeit hält an.“ Die Landarbeiter beanstandeten weiter die „Probleme der Unterbewertung der Landarbeit und der Landflucht“ und glaubten, „dass nur der Führer selbst diese Probleme lösen kann.“¹⁸ Eine zentrale Quelle des Unmuts war „das Vorgehen der Reichswerke und der von diesen beauftragten Baufirmen ... Inanspruchnahme von Grundstücken ohne vorherige Benachrichtigung, Sperrung und Aufreißen von Wegen, Nichtbeantwortung schriftlicher Anfragen und Schikanen anderer Art erhöhen das Maß der Verärgerung von Tag zu Tag.“¹⁹

Auf die andere Seite, die der Verbraucher und Verbrauchslenkung, wie Rationierung aber auch Reklamepropaganda genannt wurde, will ich anhand von zwei gleich Zitaten eingehen. Damals gab es zwar noch keine immerwährenden multimedialen

¹⁸ Ebenda, Bericht v. 28.4.1939. Vgl. auch Berichte v. 24.2., 28.4.1939. Verschärft wurde die Unzufriedenheit 1939 dadurch, „dass teilweise den ausländischen Wanderarbeitern durch die Arbeitsämter ... günstigere Lohnbedingungen zugebilligt wurden als den einheimischen Arbeitern.“ Bericht v. 28.4.1939.

¹⁹ StAGS, RR I/53/11, Berichte v. 29.11.1938, auch: 6.7.1938.

Kochshows, doch neben wöchentlichen Kochrezepten in Tageszeitungen, Illustrierten und Broschüren wurden mediale Kampagnen zur Änderung des Ernährungsverhaltens organisiert, um Engpässe in der Lebensmittelversorgung positiv zu wenden.

Fisch gab es damals noch reichlich, insbesondere Heringe, doch der Verbrauch wollte nicht zunehmen. Also wurden vom Verwaltungsamt der Bauernschaft werbende Artikel in die Zeitungen lanciert: „Fischverbrauch noch zu wenig. Der Fischverbrauch ist in Deutschland noch außerordentlich gering, wenn man einmal Vergleiche mit dem Fischverbrauch in anderen Ländern zieht. So beträgt z.B. der Fischverbrauch in England 20-25 Kilo pro Kopf der Bevölkerung, während Deutschland je Kopf nur 8,9 Kilo verbraucht. Für die deutsche Hausfrau besteht heute die Aufgabe, den Fischverbrauch in Deutschland zu heben. Ist doch der Fisch nicht nur ein äußerst gesundes Nahrungsmittel, sondern er hat gleichzeitig den Vorteil der außerordentlich großen Billigkeit.“²⁰ 1938 betrug der Verbrauch immerhin schon 11 Kilogramm pro Kopf.

Solche PR-Aktionen wurden von den Reichsnährstandsbehörden über die „Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft für Verbrauchlenkung“ an die Öffentlichkeit gebracht. Hier ein Beispiel: „Betr.: Werbung für Heringe und Bücklinge. In den Herbstmonaten ist wie alljährlich mit starken Anlandungen an grünen Heringen zu rechnen, die den Fischmarkt in der nächsten Zeit beherrschen werden. Da der Fang rein saisonmäßig bedingt ist, muss der Verbraucher durch eine Werbung darauf aufmerksam gemacht werden. Die Werbung soll in der Hauptsache den grünen Hering, darüber hinaus aber auch den Bückling und die Marinaden herausstellen. Der Einsatz der Werbung beginnt sofort und wird für die Dauer der Saison zunächst bis Ende Oktober vorgesehen. An Werbemitteln stehen zur Verfügung: 1. Artikel für die Presse ... 2.) Eine Broschüre ‚Grüner Hering blau‘ ... 3.) Der vorjährige Rezeptdienst ‚Heringe und Bücklinge‘ ... 4.) Die beiden Schmalstummfilme ‚Ist heute Freitag‘ und ‚Devisen aus dem Netz‘ ... 5.) Die Kochvorführungen der Fischlehrküche.“²¹

Wenn gezielte Werbung nichts fruchtete, wurde massive Desinformation eingesetzt. So heißt es im selben Schreiben z.B.: „Streng vertraulich. Die Obstversorgung hat sich z.Zt. in gewissen Gebieten äußerst schwierig und unzureichend gestaltet und wird auch im Monat September nur ganz geringe Auflockerung erfahren. Es ist aber vorgesehen, für die Herbst- und Winterversorgung größere Mengen Obst aus Italien und Rumänien einzuführen, da hier eine sehr gute Obsternte bevorsteht.“ In der für

²⁰ GZ v. 11.6.1937.

²¹ StAGS, RR I/53/11. Rundschreiben v. 7.9.1938

die Veröffentlichung bestimmten Version lautet dieselbe Passage völlig anders: „Größere Witterungsschäden waren aber doch in der Obstblüte eingetreten, die sich z.Zt. und auch für den Winter in einer Knappheit an Obst auswirken wird. Eine Verschärfung dieser Verknappung ist dadurch zu erwarten, dass die gleichen Verhältnisse auch im Ausland vorliegen, so dass eine Lockerung der Verknappung durch Einfuhr nicht möglich sein wird.“ Der mögliche Rückgriff auf ausländische Erzeugnisse wurde der Bevölkerung verschwiegen, um bei Knappheit das Wetter und nicht Devisen schonende Politik verantwortlich zu machen. Gleichzeitig konnte man bei wachsendem Unmut doch Obst herbeischaffen und sich einiger Bonuspunkte gewiss sein.

Eine weitere Meldung, die Rationierung positiv in Verbrauchslenkung umwandeln will, sei hier nur zitiert: „Warum kein frisches Brot? Seit einer Reihe von Wochen ist den Bäckern und Kaufleuten der Verkauf von frischem Brot verboten. Durch diese Maßnahme soll die Verschwendung von Brot, die der Verzehr frischen Brotes mit sich bringt, vermieden und der Notwendigkeit Rechnung getragen werden, mit dem Brot haus zu halten. Einen Tag abgelagertes Brot ist außerdem viel bekömmlicher als frisches Brot. Volksgenossen, die trotzdem auch heute noch frisches Brot verlangen, verkennen die Bedeutung dieser Verbotsvorschrift, handeln volkswirtschaftlich unrecht und verleiten dadurch ihren Brotlieferanten zu einer strafbaren Handlung. Im Interesse einer sparsamen Verwertung unserer Brotgetreidevorräte und um unnötige Ausgaben von Devisen für die Einfuhr von Weizen zu vermeiden, ist es auch erforderlich, beim Verbraucher mehr und mehr vom Mischbrot oder Weizenbrot zum Roggenbrot oder Roggenvollkornbrot überzugehen.“²²

Ich will noch erwähnen, dass Klagen über die Versorgungslage bei Milch²³ alltäglich waren. Sie erklären sich, wenn man bedenkt, dass der Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung von 134 Liter 1929 auf 116 Liter 1939 zurückging. Noch im Krisenjahr 1933 hatten für jeden Bürger 119 Liter zur Verfügung gestanden.²⁴

²² GZ v. 1.11.1937. In diesem Zusammenhang ist eine Äußerung Darrés erwähnenswert. Zum Auftakt der Altbrotkampagne sprach er sich für die massenhafte Einführung von Kantinenspeisungen der Arbeiter in den Fabriken aus. Das werde den Brotverbrauch drastisch senken, es werde Schluss gemacht mit dem „Stullen schmieren am Morgen“. Außerdem könne man durch Gemeinschaftsverpflegung die gute Kartoffelernte nutzen, wenn in den Kantinen Kartoffelgerichte gekocht würden. StAGS, Nachlaß Darré.

²³ Vgl. Klaus Mlynek 1986: Gestapo meldet ... Polizei- und Regierungsberichte für das mittlere und südliche Niedersachsen zwischen 1933 und 1937, Hildesheim. Fast jeder von ihm dokumentierte Bericht der Jahre 1933-37 enthält entsprechende Bemerkungen zum schlechten Versorgungsstand bei Milchprodukten.

²⁴ Stat. Dt. R. 1936 Tab. X.; 1941/42 Tab. XI. Der eventuelle Einwand, dass heute der Milchkonsum um die Hälfte geringer sei, die Zahlen also nicht Ausdruck einer Krise sein können, erledigt sich durch die geänderten Gebrauchsgewohnheiten. Heute wird Milch vorzugsweise in Form anderer Milchprodukte wie Joghurt oder Quark verbraucht, daher der gesunkene Bedarf an Frischmilch.

Intern war man sich durchaus der gravierenden Mängel auf beiden Seiten bewusst. Bürgermeister Mühlenberg schrieb am 19. März 1938 in einem Bericht an das Regierungspräsidium in Hildesheim²⁵:

„Was die augenblickliche Lage der Landwirtschaft anbelangt, so ist zu bemerken, dass der Stand der Saaten gut ist, ebenfalls ist die Ablieferung der Milch als gut zu bezeichnen. Das Quantum ist täglich um 400 Liter gegen das Vorjahr gestiegen. Die Rauhfutterverhältnisse sind genügend, jedoch lässt Krafftutter zu wünschen übrig. Der Viehbestand hält sich auf der gleichen Höhe wie im Vorjahre. Durch die stetige Erweiterung des bebauten Raumes erscheint es notwendig, die ansässigen Landwirte an den Rand der Stadt umzusiedeln. Die Erreichung dieses Ziels wird aber erschwert durch die vorhandenen Klostergüter, deren Zerschlagung wohl notwendig ist, aber auf starken Widerstand der Klosterkammer stößt. Die Landarbeiterfrage ist allerdings auch hier ein schwieriges Problem. Immer wieder versuchen Landarbeiter in die benachbarten neu aufgemachten Erzgruben zu kommen, weil sie glauben, dort besser entlohnt zu werden. Diese Frage wird sich noch schwieriger gestalten, wenn erst einmal die Reichswerke ‚Hermann Göring‘ fertig gestellt sein werden. Auch in der Forstwirtschaft macht sich starker Mangel an Arbeitskräften bemerkbar. Es ist zweifelhaft, ob der Holzeinschlag von 150% durchgeführt werden kann, wenn nicht besondere Maßnahmen ergriffen werden. Die Nahrungsversorgung ist als durchaus gesichert zu bezeichnen. Wenn auch die Butterversorgung nach den gesetzlichen Bestimmungen in knapperem Maße erfolgt, so ist ein fühlbarer Mangel nicht festzustellen. Jedoch werden Klagen laut über die Zuteilung zu alter Eier. Nur wer das Glück hat, vom Erzeuger selbst zu beziehen, der allein kommt in den Genuss von frischen Eiern. Über die Fleischversorgung sind in den letzten Wochen keine Klagen laut geworden, jedoch hat der Schlachthofdirektor berichtet, dass bereits für die nächste Woche schon weniger Tiere (vor allem Rindvieh) angemeldet sind als das Kontingent beträgt.“²⁶

Mit Beginn des Krieges verschärfen sich die Probleme. Kreisbauernführer v. Löbbbecke berichtete, die Stimmung sei zwar außenpolitisch gut, doch die „Abwanderung in die Industrie lockt noch immer“. In seiner Meldung vom 30. Mai 1941 meinte er mit einem Anflug von Zynismus:

„Innenpolitisch wird allgemein die Ansicht vertreten, dass nach Beendigung des Krieges auch der letzte Landarbeiter die Landwirtschaft verlassen wird, um in besser

²⁵ Laut Verfügung des Regierungspräsidenten Hildesheim v. 29.11.1937 Az. I.V.2802, in: StAGS, RR I/53/11, mussten die Bürgermeister der Gemeinden „Monatliche Kurzberichte über die agrar- und ernährungspolitische Lage abliefern.“

²⁶ Ebenda.

bezahlte Stellungen der Industrie hinüberzuwechseln ... Die Zuweisung von Italienern, namentlich von Südtalienern, kann nur als Notmaßnahme gewertet werden. Die Schwierigkeiten hinsichtlich Verpflegung und Verständigung durch das Fehlen von Kochfrauen und Dolmetschern sind beträchtlich. Falls für die Facharbeiter in der Land- und Ernährungswirtschaft die am 30.6.41 abgelaufenen Uk.-Anträge nicht erneuert werden, ist mit Schwierigkeiten in den betreffenden Betrieben zu rechnen, da diese schon äußerst angespannt sind und weitere Verminderungen ihres Personals nicht verkraften. ... Die verminderte Zuteilung von Düngemitteln wird eine Ertragsminderung und eine Verminderung des Zwischenfruchtanbaus zur Folge haben. Ein Rückgang der Milch- und Butterproduktion wird sich durch die geringen Zuteilungen von Kraftfutter kaum vermeiden lassen.“²⁷

Statistiken bestätigen die Tendenz der Berichte. Während das Volkseinkommen von 1928 bis 1940 um 17 Milliarden RM oder 22,5% stieg, erhöhte sich das Einkommen aus der Land- und Forstwirtschaft nur um 18%.²⁸ War das Einkommen aus Handel und Gewerbe 1928 knapp doppelt so hoch wie das der Landwirtschaft, betrug es 1940 das 2,7-fache. Zwar stiegen die Verkaufserlöse der Landwirtschaft nach 1933/34, doch das gleiche galt für die Betriebsausgaben, so dass das Verhältnis zwischen beiden konstant blieb. Nach einer Erhebung des Arbeitsamtes Goslar aus dem Frühjahr 1939 waren 1938 noch knapp 6.000 Arbeitskräfte (14,2% der Erwerbstätigen) in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt, davon fast die Hälfte Frauen. Fünf Jahre vorher waren es noch 8.400 Personen (33,1%) gewesen.²⁹ Die Land- und Forstwirtschaft bildeten 1933 den größten Erwerbszweig noch vor Industrie und Handwerk. Nun waren seit 1936 über 20.300 Arbeiter und Angestellte neu ins Goslarer Gebiet gekommen. Dass es bei diesen Verhältnissen zu Versorgungsengpässen, insbesondere auf dem Gebiet der Frischwarenproduktion, kommen musste, überrascht nicht.³⁰

Auch die Einkommen sanken. Ein verheirateter Landarbeiter mit Deputat³¹ verdiente 1937 im Bezirk der Landesbauernschaft Hannover-Braunschweig im Schnitt 27,17 RM (brutto) in der Woche, ein unverheirateter Melker oder Knecht 19,48 RM. Damit

²⁷ StAGS, RR I/53/11, Berichte v. 9.12.1939 und 30.5.1941.

²⁸ Eigene Berechnungen nach Statistisches Handbuch Deutsches Reich (Stat. Hb.), Tab. XVI, 1b, 8.

²⁹ Diese Zahlen bedeuten einen revolutionären Strukturwandel, wenn man sich verdeutlicht, daß erst in den sechziger Jahren in der Bundesrepublik dieser Wandel vom ländlich geprägten Raum zur Industriegesellschaft in diesem Maße erreicht wurde.

³⁰ StAGS, RR I/37/13.

³¹ In der Landwirtschaft wie auch in der Forstwirtschaft oder dem Kohlebergbau erhielten die Arbeiter über ihren Geldlohn hinaus Lohnersatzleistungen in Naturalien ausbezahlt. Das sicherte zwar die elementare Reproduktion, schmälerte aber die Verfügbarkeit über den individuellen Konsumtionsfonds.

lagen sie noch unter dem Lohnniveau in Industrie und Handwerk aus dem Jahre 1933 von 29,11 RM. In diesen Bereichen betrug der Durchschnittswochenlohn im Jahre 1937 36,13 RM.³² Das bedeutet keineswegs, dass die Arbeiter in Saus und Braus lebten; im Gegenteil: Die Reallöhne des Jahres 1937 lagen deutlich (20%) unter denen des Jahres 1928. Sowie so wurde das Lohnniveau der „Systemzeit“ in der Nazidiktatur nie erreicht.³³ Auch wenn Darré immer wieder das erfülltere Leben des „Landmanns“ gegenüber dem „Anhängsel der Maschine“ (Marx) in der Fabrik beschwor: Diese Lohndifferenzen trieben die Landarbeiter gerade im nördlichen Harzvorland in die Industrie, die ihrerseits händeringend nach Arbeitskräften suchte. Man könnte Bände mit der Edition solcher Berichte und Meldungen ergänzt durch statistisches Material und hochkontroversen Sitzungsberichten füllen. Sie beschreiben die Wirklichkeit. Das politische Versprechen der NSDAP war im Reichsnährstandsgesetz vom 13. September 1933 formuliert:

„Wir sind überzeugt, dass dem deutschen Volke nur folgende beiden Wege offenstehen: Entweder auf dem Wege, welcher das Reichsnährstandsgesetz brachte, weiter fortzuschreiten und damit überhaupt zu einer deutschen Volkswirtschaft im echten Sinne des Wortes zu kommen, oder wieder abzuirren vom Wege und damit restlos unter die Knute desjenigen Volkes zu geraten, das die Auswertung der Zwischenhandelsgewinne noch immer besser zu gestalten und auszunutzen verstand als unser auf Leistung und Güte der Ware, das heißt auf ehrliche Arbeit gezüchtetes Volk, nämlich unter der Knute der *Juden!*“³⁴

„... Der Reichsnährstand hat die Aufgabe, seine Angehörigen in Verantwortung für Volk und Reich zu einer lebenskräftigen Stütze für den Aufbau, die Erhaltung und die Kräftigung des deutschen Volkes zusammenzuschließen.“³⁵ Er dient der „Sicherung der Bevölkerung in blutsmäßiger Hinsicht und (der) Erringung und Erhaltung der Nahrungsfreiheit.“³⁶

Hitlers Elogen auf das Bauerntum, Darrés Beschwörungen bäuerlichen Arbeitseifers aus der Blutstradition arischer Vorfahren auf den Bückebergfesten, den Reichsbauerntagen in Goslar und anderswo konnten das Nahrungsfreiheitsgebot zwar beschwören, erreicht wurde es nie. Dass die deutsche Volksgemeinschaft im

³² Stat. Hb., Tab. IX, 6, 7, 9; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1942 Tab. IX, 8 a, b.

³³ Stat. Hb., Tab. IX 5 a, b.

³⁴ Hermann Reischle, Wilhelm Saure, 1936²: Der Reichsnährstand. Aufbau, Aufgaben und Bedeutung, Geleitwort, Berlin, S. 3, Hervorhebung im Original.

³⁵ Reischle, Saure a.a.O., S. 36

³⁶ Reischle, Saure a.a.O., S. 110

Krieg wenig darben musste, lag an der Ausplünderung fremder Völker, wurde mit dem bewusst gewollten Hungertod von Millionen osteuropäischen Menschen erkaufte.